

mit Schwerpunkt **Energiemarkt**

Vitales Gründungsgeschehen trotz des demografischen Wandels

Der demografische Wandel wird in Deutschland bis zum Jahr 2050 bei unveränderten Rahmenbedingungen zu einem merklichen Rückgang der Unternehmensgründungen führen. Verantwortlich ist dafür vor allem die sinkende Anzahl der 30- bis 45-Jährigen, also der Gruppe der Erwerbspersonen, der die meisten Gründerpersönlichkeiten entstammen. Ein solch rückläufiges Gründungsgeschehen hätte voraussichtlich sinkende Beschäftigungszahlen sowie eine geringere innovative Leistungsfähigkeit der gesamten deutschen Volkswirtschaft zur Folge. Eine aktuelle Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung zeigt indessen, dass es durchaus Möglichkeiten gibt, dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

In den vergangenen Jahren wurden im Durchschnitt etwa 250.000 Unternehmen pro Jahr gegründet. Aufgrund des demografischen Wandels würde diese Zahl bis 2050 bei ansonsten un-

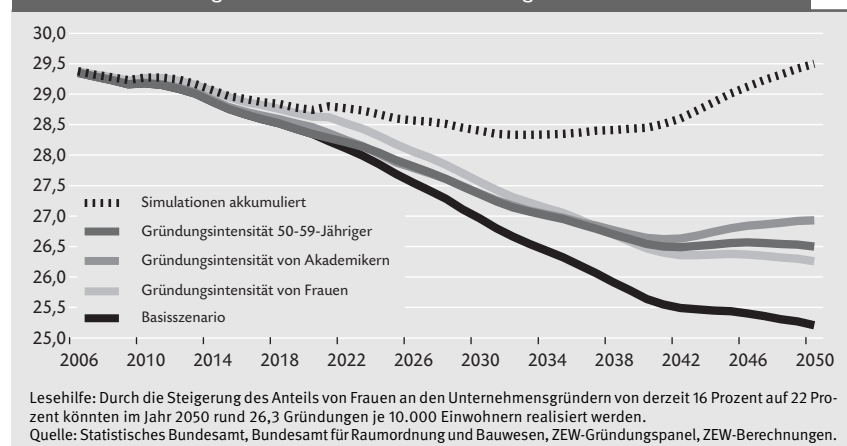
kommt, wurde in der ZEW-Studie (Discussion Paper Nr. 08-032) zunächst analysiert, welche Faktoren die Wahrscheinlichkeit einer Unternehmensgründung besonders stark beeinflusst

scheinlichkeit den Schritt in die Selbstständigkeit als andere Erwerbspersonen. Auch zeichnet sich der Status Quo dadurch aus, dass die Gründungsneigung zunächst mit dem Alter der Erwerbspersonen steigt, ab einem Alter von etwa 37 Jahren nimmt sie jedoch wieder ab.

Simulation verschiedener Gründungsszenarien

In verschiedenen Simulationsszenarien (siehe Grafik) wird nun im Rahmen der Studie überprüft, wie diese drei wichtigsten Bestimmungsfaktoren für das Gründungsgeschehen beeinflusst werden müssten, um unter den Bedingungen einer abnehmenden und im Durchschnitt alternden Bevölkerung das Gründungsgeschehen in Deutschland auf einem gleich bleibenden Niveau zu halten. Die Ergebnisse der Simulationen verdeutlichen, wo staatliche

Vorausberechnung und Simulation der Gründungsintensitäten 2006-2050



veränderten Rahmenbedingungen auf rund 195.000 zurückgehen. Auch die Gründungsintensität, das heißt die Anzahl der Gründungen pro 10.000 Einwohner in Deutschland würde sinken (siehe Basisszenario der Grafik).

Damit es in Zukunft nicht zu wachsenden Wohlfahrtsverlusten durch zu wenige Gründungen in Deutschland

sen. Modellrechnungen zeigen, dass vor allem das Geschlecht, die Ausbildung und das Alter von Erwerbspersonen für das Gründungsgeschehen von Bedeutung sind.

So entfallen aktuell nur etwa 16 Prozent der Unternehmensgründungen auf Frauen. Darüber hinaus wagen Akademiker mit einer deutlich höheren Wahr-

IN DIESER AUSGABE

Vitales Gründungsgeschehen trotz des demografischen Wandels	1
Viele Firmen entwickeln in Eigenregie Unternehmenssoftware	2
Nachgefragt: Innovationsverhalten von KMU	3
EU-Parlamentarier mit ökonomischem Fachwissen sehen EU-Steuer skeptisch	4
ZEW Summer Workshop	5
Mannheimer Unternehmenssteuerstag	6
ZEW Wirtschaftsforum	7
ZEW-Konferenz, Discussion Papers	10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Maßnahmen oder die Politik ansetzen sollten, um Verhaltensänderungen anzustoßen, die das Gründungsgeschehen beleben.

In einem ersten Szenario wird der Effekt einer steigenden Gründungsneigung von Frauen simuliert. In der Modellrechnung wird die Frauenbeteiligung bei den Unternehmensgründungen im Jahr 2050 auf 22 Prozent gesteigert. Allein dieser moderate Anstieg um 6 Prozent des Anteils an Frauen, die sich für eine selbstständige Beschäftigung entscheiden, führt zu einer signifikant steigenden Anzahl an Gründungen im Vergleich zum Basisszenario. So könnten bis zum Jahr 2050 etwa 206.000 Gründungen insgesamt realisiert werden. Demnach könnten Maßnahmen zur Motivation von Frauen, den Schritt ins Unternehmertum zu wagen, unter Umständen ein sinnvolles Instrument sein, um die Gründerquote nicht absinken zu lassen.

Das zweite Szenario demonstriert den projizierten Verlauf des Gründungsgeschehens bei einem Anstieg des Akademikeranteils bei den Gründern von aktuell 16 auf 26 Prozent der Erwerbspersonen bis zum Jahr 2050. Da die Gründungsneigung mit der Qualifikation steigt, führt die Erhöhung des Akademikeranteils zu einer signifikanten Zunahme der Gründungszahlen auf insgesamt rund 211.000 Gründungen im Jahr 2050. Demnach wirkt sich eine Verbesserung der Ausbildung auf die Belebung des Unternehmensgründungsgeschehens positiv aus.

Belebtes Gründungsgeschehen

Wie eine abschließende Simulation veranschaulicht, wird ein im Vergleich zu den vorangegangenen Simulationen – akkumuliert über den gesamten Untersuchungszeitraum – schwächerer Effekt auf die Entwicklung des Gründungsge-

schehens erzielt, wenn ältere Erwerbspersonen im Alter zwischen 50 bis 59 Jahren motiviert werden, ein Unternehmen zu gründen. In der Modellrechnung wird der Anteil der Selbstständigen an den Erwerbspersonen im Alter zwischen 50 und 59 Jahren von 0,38 Prozent auf 0,41 Prozent erhöht (zum Vergleich: die Eintrittsquote der 30 bis 39-Jährigen liegt aktuell bei 0,86 Prozent). Obwohl diese Maßnahme über den gesamten Untersuchungszeitraum betrachtet das Gründungsgeschehen nicht so deutlich belebt wie die anderen Szenarien, könnten hierdurch im Jahr 2050 aber immerhin insgesamt 208.000 Gründungen realisiert werden.

Die Simulationsberechnungen der ZEW-Studie zeigen, dass es durchaus für die Politik Möglichkeiten gibt, die Gründungszahlen zu erhöhen und so langfristig die Prosperität der deutschen Volkswirtschaft zu erhalten.

Dr. Sandra Gottschalk, gottschalk@zew.de

Viele Firmen entwickeln in Eigenregie Unternehmenssoftware

Zwei Drittel der baden-württembergischen Unternehmen aus dem IT- und Mediensektor und ausgewählten IT-Anwenderbranchen, die Unternehmenssoftware nutzen, setzen dabei auf am Markt erhältliche Standardprodukte. Ein beachtlicher Anteil von rund 40 Prozent der Unternehmen entwickelt die Software aber auch selbst. Dies zeigt die fünfte repräsentative FAZIT-Unternehmensbefragung, die das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Baden-Württemberg durchgeführt hat.

Unternehmenssoftware umfasst Programme zur Unterstützung und Steuerung betrieblicher Prozesse. Beispiele hierfür sind Systeme zur Verwaltung von Kundendaten (CRM-Systeme), Sys-

teme zur Verwaltung des Mitteleinsatzes im Unternehmen (ERP-Systeme) und unternehmensübergreifende Software wie SCM-Systeme, die den Datenaustausch zwischen allen an einer Wertschöpfungskette beteiligten Unternehmen koordinieren.

Erheblicher Bedarf an maßgeschneiderten Lösungen

Obwohl für 67 Prozent der befragten Unternehmen, die Unternehmenssoftware nutzen, der Erwerb einer Standardlösung die vorherrschende Bezugsart von Unternehmenssoftware ist, entwickeln rund 40 Prozent der Unternehmen ihre Software auch in Eigenregie. Dies trifft insbesondere auf das

Bank- und Versicherungsgewerbe (47 Prozent), Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes (45 Prozent) und Unternehmen des IT- und Mediensektors (44 Prozent) zu. Hauptgrund für die Selbsterstellung von Softwarelösungen ist, dass es auf dem Markt häufig keine passgenauen Angebote gibt, die die individuellen Anforderungen der Unternehmen erfüllen. 60 Prozent der Unternehmen, die selbst entwickeln, möchten aber unabhängig von Anbietern bleiben und für 57 Prozent ist es schlicht günstiger, die Software selbst zu programmieren. Die Erstellung von unternehmensspezifischen Lösungen durch Fremdfirmen wird dagegen kaum in Anspruch genommen.

Bettina Müller, bettina.mueller@zew.de

Nachgefragt: Innovationsverhalten von KMU

Steuerpolitik ist Innovationspolitik

Innovationen sind von großer Bedeutung für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und des deutschen Wohlstandsniveaus. Wie aus den Innovationserhebungen des ZEW hervorgeht, erhöhten die Unternehmen in Deutschland in den vergangenen beiden Jahren ihre Innovationsaufwendungen um jeweils über sechs Prozent gegenüber dem Vorjahr. Im Jahr 2007 haben sie mehr als 120 Milliarden Euro in neue und verbesserte Produkte und Prozesse investiert. Die starke Ausweitung der Innovationstätigkeit der Unternehmen wurde in den vergangenen zehn Jahren allerdings primär durch die großen Unternehmen getragen. Die Ursachen für die Zurückhaltung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) bei Innovationen benennt Dr. Georg Licht, Forschungsbereichsleiter „Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung“ am ZEW.

Warum bleibt die Innovationstätigkeit von KMU hinter der von Großunternehmen zurück?

Licht: Zum einen mindern die gestiegenen Kosten der Innovationstätigkeit, die erhöhte technologische Komplexität der Innovationsprozesse und die kürzeren Produktzyklen die Rendite der in neue Produkte und Prozesse investierten Mittel. Zum anderen fehlen in Deutschland zunehmend junge Hightech-Unternehmen, die durch ihre Innovationen den Konkurrenzdruck auf etablierte KMU verstärken und so deren Innovationsaktivitäten beflügeln.

Was passiert bisher in Deutschland, um die KMU stärker in den Innovationsprozess einzubeziehen?

Licht: Im Rahmen der Hightech-Strategie der Bundesregierung wurden jüngst die staatlichen Mittel für die Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE) in kleinen Unternehmen etwas erhöht und die entsprechenden Verwaltungsverfahren für den Zugang zu Programmen der FuE-Förderung etwas vereinfacht. Allerdings ist festzustellen, dass sich – gemessen an den FuE-Ausgaben der Unternehmen – die staatlichen Zuschüsse zur Förderung der FuE-Tätigkeit der Unternehmen auf einem historischen Tiefstand befinden. Im internationalen Vergleich findet sich kaum ein Land, das die FuE-Ausgaben der KMU weniger fördert als Deutschland.

Welche zusätzlichen Maßnahmen müssen ergriffen werden, um die

Innovationsbeteiligung der KMU in Deutschland zu erhöhen?

Licht: Die Rahmenbedingungen für die Anfangsphase und das Wachstum junger Unternehmen, die mit technologischen Innovationen an den Start ge-

haushalten verschiedener Bundesministerien kompensiert werden könnten. Gleichzeitig gibt es Befürchtungen, dass der Wirkungsgrad einer steuerlichen Förderung gering ist und signifikante Mitnahmeeffekte auftreten könnten.

Wie könnte eine steuerliche FuE-Förderung in Deutschland aussehen?

Licht: Zur Stimulierung der FuE-Tätigkeit der KMU empfiehlt sich eine Förderung, die auf die gesamten FuE-Ausgaben abstellt und nicht nur auf die Zuwächse. Obergrenzen für die steuerlichen Erleichterungen pro Jahr und Unternehmen könnten die fiskalische Belastung für den Staat begrenzen helfen, ohne die Breitenwirkung zu gefährden. Die Gewährung von Vortragsrech-

Dr. Georg Licht, Jahrgang 1956, promovierte nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre 1990 an der Universität Augsburg. Seit 1992 leitet er am ZEW den Forschungsbereich „Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung“ mit derzeit 32 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Innovations- und Gründungsforschung sowie Regulierungs- und Wettbewerbsfragen. Licht ist Mitglied in zahlreichen Beratungsgremien, unter anderem der OECD, der EU-Kommission und des Statistischen Bundesamts.



hen, sollten verbessert werden. Zudem sollte die öffentliche Hand Anreize für den Ausbau der FuE-Tätigkeit etablierter Unternehmen setzen. Wie Erfahrungen aus dem Ausland zeigen, ist die steuerliche Förderung der FuE-Tätigkeit der Unternehmen ein Instrument, mit dem Unternehmen sehr schnell und in einer großen Breite erreicht werden.

Warum wird in der deutschen Innovationspolitik der Weg einer steuerlichen Förderung bisher nicht verfolgt?

Licht: Abhängig von der Ausgestaltung kämen hierdurch auf den Bundeshaushalt deutliche Steuerausfälle zu, die nur zu einem geringen Teil durch Umschichtungen in den Forschungs-

ten würde gewährleistet, dass die Anreize auch in Verlustperioden zum Tragen kämen. Für KMU könnte hier wahlweise auch die Umwandlung von nicht nutzbaren Steuervorteilen in eine Zulage in Frage kommen. Zur Definition förderfähiger FuE-Ausgaben sollte das von der OECD entwickelte Frascati-Konzept gewählt werden. Insgesamt sollte die staatliche Förderung anstreben, die Kosten für FuE von KMUs um etwa zehn Prozent zu senken. Dies wäre noch unterhalb der in England, Frankreich oder Österreich gewährten Fördersätze, würde aber die Haushaltsbelastungen in überschaubaren Grenzen halten.

Gunter Grittmann, grittmann@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

EU-Parlamentarier mit ökonomischem Fachwissen sehen EU-Steuer skeptisch

Bislang wird der Haushalt der EU weitgehend durch Beitragszahlungen der Mitgliedstaaten finanziert, die sich vor allem am Anteil eines Landes am Bruttonationaleinkommen der EU bemessen. Seit Jahren wird kontrovers diskutiert, dieses Beitragssystem zumindest teilweise auf eine Steuerfinanzierung umzustellen und der EU eine eigene Steuerkompetenz zuzuweisen. Vor diesem Hintergrund untersucht eine Umfrage des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung unter Mitgliedern des Europäischen Parlaments (MdEP), ob diese eine eigene EU-Steuer befürworten und wie eine solche Steuer ausgestaltet sein sollte. Ferner wird analysiert, inwieweit die nationale Herkunft oder die Parteizugehörigkeit der Abgeordneten, maßgeblich für die Befürwortung oder die Ablehnung einer EU-Steuer sind.

Die ZEW-Studie (Discussion Paper Nr. 08-027) basiert auf einer eigenen Umfrage unter den MdEP, an der sich mit 158 Abgeordneten etwa zwanzig Prozent aller EU-Parlamentarier beteiligt haben. Befragt wurden die Mandatsträger dabei nicht nur zu ihrer allgemeinen Einstellung zu einer EU-Steuer, sondern auch zu dem von ihnen bevorzugten Typ einer solchen Steuer. Die Parlamentarier, die sich an der Umfrage



© Fotodienst des Europäischen Parlaments
Europäisches Parlament, Straßburg

beteiligt haben, haben im Schnitt eine leichte Präferenz für eine Steuerfinanzierung des EU-Haushalts, wobei eine Ökosteuer oder eine EU-Mehrwertsteuer die bevorzugten Ansatzpunkte für ein derartiges Projekt wären. Allerdings

streut die Zustimmung in dieser Frage erheblich über die Mitgliedstaaten und Parteien.

Daraus ergibt sich die zentrale Frage der Studie, ob das Antwortverhalten der Abgeordneten eher entlang der Parteigrenzen oder entlang anderer individueller oder nationaler Merkmale verläuft. Das individuelle Antwortverhalten der Befragten wurde einer ökonomischen Analyse unterworfen. Dabei wurde überprüft, inwieweit bestimmte Charakteristika des Herkunftslands eines Abgeordneten oder auch seine individuellen Merkmale neben der Parteimitgliedschaft eine Rolle bezüglich seiner Einstellung zur Einführung einer EU-Steuer spielen.

Lange Mitgliedschaft im EP fördert Zustimmung zur EU-Steuer

Im Ergebnis zeigt sich, dass die Parteimitgliedschaft zwar einen wichtigen Einfluss ausübt, dass darüber hinaus aber die anderen erklärenden Variablen ebenfalls signifikant sind. Beispielsweise tendieren Abgeordnete mit einem Abschluss in Betriebs- oder Volkswirtschaftslehre eher zu einer Ablehnung einer EU-Steuer. Dies trifft auch für Mitglieder des Haushaltsausschusses zu. Offenbar nährt Fachwissen die Skepsis, dass eine EU-Steuer tatsächlich eine Verbesserung bringen kann. Eine lange Mitgliedschaft im Europäischen Parlament (EP) ist demgegenüber eher mit einer zustimmenden Hal-

tung zur EU-Steuer verbunden, was auf eine Anpassung an die vorherrschenden Präferenzen im EP im Laufe der Zugehörigkeit zurückzuführen sein kann.

Starke nationale Interessen

Neben diesen persönlichen Charakteristika sind es vor allem Merkmale der Herkunftsländer, die einen Einfluss ausüben. So sind Abgeordnete aus den neuen EU-Mitgliedstaaten einer EU-Steuer gegenüber eher negativ eingestellt. Dies ist ein plausibles Resultat, weil die Staaten Osteuropas wirtschaftspolitisch viel Wert auf eine autonome Steuerpolitik legen. Zudem finden sich Hinweise darauf, dass Abgeordnete aus Nettoempfängerstaaten tendenziell eine EU-Steuer begrüßen. Diese Ergebnisse legen nahe, dass eine Umstellung der Haushaltsfinanzierung auf eine Steuer als hilfreich für die Steigerung oder zumindest Sicherung der Transfers in die Empfängerstaaten angesehen wird.

Schließlich zeigt sich für die Zustimmung zu einer EU-Unternehmenssteuer, dass diese besonders in den Ländern ausgeprägt ist, die ihren Unternehmen hohe effektive Steuern aufbürden. Offenbar erhoffen sich die Abgeordneten von Hochsteuerländern somit eine Abschwächung des für sie nachteiligen Steuerwettbewerbs durch die Einführung einer Unternehmensteuer zugunsten des EU-Haushalts.

Insgesamt macht die Studie deutlich, dass bei den Überlegungen zu möglichen Reformen des EU-Finanzsystems nationale Interessen erheblichen Einfluss haben. Die Hoffnung, dass eine europäische Steuer eines Tages dazu beitragen könnte, nationale Egoismen in den budgetären Auseinandersetzungen zu verringern, dürfte somit täuschen.

Dr. Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de
Philipp Mohl, mohl@zew.de
Steffen Osterloh, osterloh@zew.de

ZEW SUMMER WORKSHOP

Ökonomische und ökonometrische Aspekte der Innovationsforschung

Im Mittelpunkt des diesjährigen Summer Workshops, der vom 9. bis 12. Juni am ZEW in Mannheim stattfand, standen Methoden zur ökonometrischen Analyse von Patent- und Innovationsdaten. Ausgewiesene Wissenschaftler gaben einen Überblick über spezifische Methoden in ihren Spezialgebieten und zeigten die Grundzüge aktueller Forschungsrichtungen auf. Darüber hinaus erhielten 17 Nachwuchswissenschaftler (von insgesamt 97 Bewerbern) die Möglichkeit, ihre aktuellen Forschungsarbeiten vorzustellen und mit erfahrenen Kollegen zu diskutieren. Viel Raum wurde der Kommunikation der jungen Wissenschaftler untereinander

der eingeräumt, um damit den Nachwuchsforschern Gelegenheit zu geben, ihre internationalen Kontakte auszubauen. Die Teilnehmer kamen von wissenschaftlichen Einrichtungen aus den Vereinigten Staaten, China, Italien, Frankreich, Norwegen, den Niederlanden, Belgien und Deutschland.

Beiträge mit Anwendungsbezug

Das Themenspektrum der Beiträge reichte von der Evaluation öffentlicher Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen (FuE), über die Untersuchung (regional-)politischer Einflussnahmen auf die Auswahl von Projekten in FuE-För-

derwettbewerben bis hin zu Fragen des Technologietransfers zwischen FuE-intensiven Ländern und aufstrebenden Industrieländern. Beleuchtet wurden im Rahmen von ökonometrisch anspruchsvollen Modellen Determinanten von Innovationsstrategien in ausgewählten Industrien wie beispielsweise der chinesischen Textilindustrie, der Gussformenindustrie in Portugal oder der deutschen pharmazeutischen Industrie.

Intensive Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Die Teilnahme am Summer Workshop soll den jungen Wissenschaftlern insbesondere auch mit Blick auf ihre Ausbildung von Nutzen sein. So referierte Bettina Peters (ZEW) über Analysemethoden für Innovationsdaten sowie über Spezifika der europäischen Innovationserhebungen und deren Konsequenzen für ökonometrische Analysen. Fabio Montobio (University of Insubria, Varese) referierte über Methoden zur Analyse von Patentdaten. Dirk Czarnitzki (Katholische Universität Leuven) gab einen Überblick über jüngere Methoden der Evaluationsökonomie und diskutierte ausgewählte Probleme bei der Anwendung dieser Techniken. Jacques Mairesse (ENSAE, Paris) präsentierte die wesentlichen Ansätze zur Schätzung privater und gesellschaftlicher Erträge der Innovationstätigkeit einschließlich ihrer Stärken und Schwächen. Methoden zur Analyse von Komplementaritäten in Innovationsprozessen wurden von Pierre Mohnen (Universität Maastricht) vorgestellt. Cornelius Kraft (Universität Dortmund) und Bruno Cassiman (IESE, Barcelona) referierten über den Zusammenhang von Marktmacht, Unternehmenszusammenschlüssen und der Innovationstätigkeit von Unternehmen.

Dr. Georg Licht, licht@zew.de

Carlos Santos erhält den Heinz-König-Young-Scholar-Award 2008

Zum Abschluss des ZEW Summer Workshop 2008 wurde der Heinz-König-Young-Scholar-Award verliehen. Wie im Vorjahr erhielt mit Carlos Santos ein portugiesischer Nachwuchswissenschaftler diesen Preis. Carlos Santos hat jüngst seine Promotion an der London School of Economics abgeschlossen. Die mit einem Preisgeld in Höhe von 5.000 Euro und mit einem Forschungsaufenthalt am ZEW verbundene Auszeichnung, die in diesem Jahr von der MLP AG gestiftet wurde, erinnert an Professor Heinz König, den Gründungsdirektor des ZEW.

In seinem prämierten Papier entwickelt und implementiert Carlos Santos ein strukturelles, mikroökonomisches Modell, das die Entscheidung von Unternehmen in Innovationen zu investieren, nachbildet. Anhand von Daten für die Gussformenindustrie in Portugal überprüft er die Erklärungskraft dieses Modells. Der Präsident des ZEW, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, der den Preis



ZEW-Präsident Wolfgang Franz gratuliert dem Preisträger Carlos Santos.

auch im Namen des Sponsors überreichte, würdigte in seiner Laudatio die Originalität der Arbeit von Carlos Santos. Sie liefere einen wichtigen Erklärungsansatz für die langfristige Koexistenz von innovativen und nicht-innovativen Unternehmen und zeige konkrete Ansatzpunkte für eine staatliche Innovationspolitik, die darauf abziele, die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen zu fördern.

Internationale Konzernfinanzierung nach der Unternehmenssteuerreform 2008

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung und die Universität Mannheim veranstalteten am 24. Juni 2008 den zweiten Mannheimer Unternehmenssteuertag. Im Rahmen der jährlich stattfindenden Veranstaltung beleuchteten namenhafte Referenten aus Wissenschaft, Praxis und Finanzverwaltung aktuelle Entwicklungen der nationalen und internationalen Unternehmensbesteuerung.

Leitthema des diesjährigen Mannheimer Unternehmenssteuertags war die Finanzierung internationaler Konzerne vor dem Hintergrund der Unternehmenssteuerreform 2008. Mit etwa 140 Teilnehmern konnte die Veranstaltung eine hohe Resonanz verzeichnen.

Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform

Prof. Dr. Christoph Spengel, Lehrstuhlinhaber an der Universität Mannheim und ständiger Gastprofessor am ZEW, eröffnete die Veranstaltung. Anschließend erläuterte Dr. Michael Kröner von der Deutschen Bank AG die zentrale Bedeutung der Konzernsteuerquote für die Marktkapitalisierung des Konzerns und analysierte die Wirkungen verschiedener Konzernfinanzierungsalternativen auf diese Kennziffer. Die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform 2008 auf die Konzernsteuerquote beurteilte der Referent kritisch. So habe die Steuerreform latente Steuerposten und bilanzielle steuerliche Risiken geschaffen, die den Gestaltungsdruck auf Unternehmensseite erhöhten. Gleichzeitig wirke die Steuerreform als „Krisenverschärfer“ und „Strukturbremse“, da im Rahmen der Gegenfinanzierungsmaßnahmen das „Maßhalten“ nicht geglückt sei.

Strittige Zinsschranke

Die Regelungen zur Zinsschranke standen im Fokus des Vortrags von Friedrich Brusch vom Hessischen Ministerium der Finanzen. Der Referent schilderte die Ziele der Unternehmenssteuerreform 2008, um danach auf die spezifischen Regelungen der Zinsschranke, als einem wichtigen Gegenfinanzierungsinstrument der Reform, einzugehen. Er hob hervor, dass durch die Zinsschranke eine faire Verteilung der Finanzierungslasten in internationalen Konzernen angestrebt werde. Angesichts verbreiteter Vorbehalte gegenüber der Zinsschranke wolle die Bundesregierung eine Evaluierung durchführen und einen Erfahrungsbericht vorlegen.

Zur Rolle hybrider Finanzierungsinstrumente im grenzüberschreitenden Kon-

text referierte Eugen Bogenschütz von der Anwaltskanzlei Allen & Overy. Er stellte die Abgrenzungskriterien von Eigen- und Fremdkapital dar und erläuterte die Einsatzmöglichkeiten hybrider Finanzierungsinstrumente bei grenzüberschreitenden Steuergestaltungen. Der Referent betonte einerseits die Attraktivität von Hybridkapital, wies neben der Chance einer Minderbesteuerung aber andererseits auf das Risiko einer Doppelbesteuerung durch Hybridkapital hin.

Auf die Vortragsrunde folgte eine Podiumsdiskussion mit den genannten Referenten sowie Prof. Dr. Michael Schmitt vom Finanzministerium Baden-Württemberg, Prof. Dr. Andreas Schumacher von der Rechtsanwaltskanzlei Flick Gocke Schaumburg und Prof. Dr. Christoph Spengel, in der kritische Punkte der Vorträge aufgegriffen und diskutiert wurden.

Praxisorientierte Workshops

Die Analyse von Fallstudien war am Nachmittag Gegenstand dreier Workshops. Oliver Dörfler von der KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft und Dr. Lorenz Näger von der HeidelbergCement AG stellten Möglichkeiten einer steuereffizienten Unternehmensfinanzierung vor. Friedrich Brusch und Dr. Flori-



Referenten und Teilnehmer des Mannheimer Unternehmenssteuertags 2008

an Schultz, Linklaters LLP, gingen im zweiten Workshop auf die praktische Anwendung der Zinsschrankenregelung ein. Die Veranstaltung wurde durch einen dritten Workshop, geleitet von Prof. Dr. Michael Schaden, Ernst & Young AG, Christoph Schreiber, PricewaterhouseCoopers AG, und Prof. Dr. Christoph Spengel, abgerundet. Hier stand die Steuerplanung mit hybriden Finanzierungsinstrumenten im Fokus.

Katharina Finke, finke@zew.de

Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit

Zum diesjährigen ZEW Wirtschaftsforum konnte ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz rund 180 Teilnehmerinnen und Teilnehmer am ZEW begrüßen. Die Veranstaltung hatte das Thema „Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit“ und beschäftigte sich insbesondere mit der Herausforderung, aktiv Klimaschutz zu betreiben, ohne dadurch Wachstum und Beschäftigung in den entwickelten Volkswirtschaften zu gefährden.

Den Auftakt des diesjährigen Wirtschaftsforums bildete eine Podiumsdiskussion, die das Emissionshandelssystem der Europäischen Union (EU) kritisch diskutierte und Perspektiven für die Weiterentwicklung internationaler Klimapolitik nach Kioto aufzeigte.

Dr. Andreas Löschel, Leiter des Forschungsbereichs „Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement“ am ZEW, beschäftigte sich in seinem Beitrag mit dem Energie- und Klimapakete der EU. Kernstück der Klimapolitik sei das EU-Emissionshandelssystem. Es leiste einen wichtigen Beitrag dazu, im Zeitraum zwischen 2008 und 2012 die Treibhausgasemissionen in der EU um acht Prozent gegenüber dem Jahr 1990 zu verringern. Diese erste Phase des EU-Emissionshandels sei dadurch gekennzeichnet, dass die einzelnen Mitgliedsstaaten nach Einigung mit der EU-Kommission im Rahmen eines Nationalen Allokationsplans eigene Festlegungen über die Menge an Kohlendioxid trafen, die jeder größere Emittent im Zeitraum von 2005 bis 2007 ausstoßen dürfe.

Weiterentwicklung des Emissionshandelssystems

Zu Beginn des Jahres 2008 hätten sich die EU-Mitgliedsstaaten nun auf ein neues Energie- und Klimapakete geeinigt, mit dessen Hilfe die Treibhausgasemissionen innerhalb der EU bis zum Jahr 2020 um mindestens 20 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 vermindert werden sollten, erläuterte Löschel. Um dieses Ziel zu erreichen, werde das Emissionshandelssystem weiterentwickelt.

Neu sei die geplante Einführung einer EU-weiten Emissionsobergrenze, so

dass es nach dem Jahr 2012 keine Nationalen Allokationspläne mehr geben werde. Statt einer nationalen, hauptsächlich kostenfreien Zuteilung von Emissionsrechten, würden diese künf-



Die Teilnehmer an der Podiumsdiskussion (von links): Dr. Andreas Löschel, Richard Baron, Joseph E. Aldy, Ph. D.

tig zu weiten Teilen versteigert. Während der größte Teil der Emissionsrechte zunächst weiterhin frei zugeteilt werde, sei für die Stromerzeugung schon ab 2013 vorgesehen, Emissionsrechte ausschließlich über das Prinzip der Auktionierung zu vergeben.

Die Strategie, die EU-weite Kohlendioxid-Obergrenze hauptsächlich auf dem Wege der Versteigerung einzuhalten, bewertete Löschel positiv. Auf diese Weise würden Ungleichbehandlungen und Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Emittenten in den einzelnen Mitgliedsstaaten entfallen. Allerdings könne das geplante Energie- und Klimapakete der EU negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Unternehmen haben. Als energieintensiv gelten Unternehmen, bei denen über drei Prozent des Produktionswertes im Herstellungsprozess auf Energiekosten entfallen. Hierzu gehören beispielsweise Unternehmen, die Eisen und Stahl

sowie Zement, Kalk und Gips herstellen oder auch Unternehmen der Papier- und Zellstoffindustrie. Konkurrenzunternehmen, die außerhalb der EU produzierten, so Löschel, könnten kostengünstiger produzieren, weil geringere Kosten für den Klimaschutz anfielen. Denkbar sei daher, dass Unternehmen aus der EU ihren Produktionsstandort in Länder verlegten, die nicht am Emissionshandel beteiligt seien. Beide Szenarien könnten sich negativ auf die Beschäftigungssitu-

ation in der EU auswirken und dem Ziel des globalen Klimaschutzes entgegenstehen. Als mögliche Lösungen dieses als „carbon leakage“ bezeichneten Problems werden die freie Zuteilung von Zertifikaten, die Einbeziehung von Importeuren in den Emissionshandel und Importzölle auf den Kohlenstoffanteil von Produkten aus Ländern ohne Emissionsreduktionsziele diskutiert.

Energieintensive Industrien

Richard Baron von der Internationalen Energieagentur in Paris knüpfte mit seinem Referat an die Problematik der verzerrten Wettbewerbsbedingungen insbesondere zwischen den energieintensiv produzierenden Industrien innerhalb und außerhalb der EU an. Als Mittel, um den Ausstoß von klimaschädlichen Gasen zu reduzieren, sei das Emissionshandelssystem der EU weltweit beispiellos. Dennoch dürfe

ZEW WIRTSCHAFTSFORUM

nicht übersehen werden, dass energieintensive Industrien mit zusätzlichen Kosten für den Erwerb von Emissionsrechten wie auch mit zusätzlichen Kosten durch gestiegene Strompreise belastet würden. Dies gelte beispielsweise für die stromintensive Aluminiumindustrie, die die gestiegenen Stromkosten nicht auf die Nachfrageseite überwälzen könne, da die Preise für Aluminium im globalen Wettbewerb an der Londoner Metallbörse gebildet würden. Zwar seien aktuell in den meisten EU-Ländern keine exorbitanten Strompreiserhöhungen in der Aluminiumindustrie zu verzeichnen, dies liege aber einzig daran, dass Hüttenwerke meist mit Langzeitverträgen ihre Stromlieferungen festlegten. Diese würden aber auf absehbare Zeit auslaufen, weshalb steigende Strompreise mittelfristig realistisch seien.

Modellbetrachtungen legten zwar den Schluss nahe, dass „carbon leakage“ nicht zu einer bedeutsamen Zunahme des weltweiten Ausstoßes von Treibhausgasen führen werde, dennoch handle es sich um ein hochpolitisches Problem, das die Industrieländer nicht alleine lösen könnten. Gerade energieintensive Industrien seien in den vergangenen 25 Jahren vor allem in Industrie- und Schwellenländern und hier vor allem in China stark gewachsen. Es müsse daher angestrebt werden, den Emissionshandel auch auf diese Länder auszudehnen.

Harvard Klimaprojekt

Den Weg von der Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro über das Kioto-Protokoll zur so genannten Bali Road Map, auf deren Grundlage ein neues Klimaschutzabkommen nach dem Auslaufen des Kioto-Protokolls im Jahr 2012 erarbeitet wird, skizzierte Joseph E. Aldy, Ph.D., von Resources for the Future (RFF). Aldy, stellvertretender Projektleiter des „Harvard Project on International Climate Agreements“, einem interdisziplinären Projekt der Universität Harvard zur wissenschaftlichen Evaluierung und Poli-



Von links: Thomas Kohl (Kaufm. Direktor des ZEW), Jochen Homann (Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie), Prof. Dr. Andreas Troge (Präsident des Umweltbundesamts), Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz (Präsident des ZEW).

tikberatung zur Fortführung internationaler Klimavereinbarungen, arbeitete die Stärken und Schwächen des Kioto-Protokolls heraus. Als Stärke identifizierte er insbesondere das Instrument des Emissionshandels als marktbasiereten Ansatz. In der Vergangenheit sei es darüber hinaus „fair“ gewesen, nur die Industriestaaten in den Emissionshandel einzubeziehen, da sie im Rückblick die bislang größten Emittenten von Treibhausgasen gewesen seien. Eine zentrale Schwäche sei allerdings, dass die USA, größter Emittent von Treibhausgasen unter den Industriestaaten, das Protokoll nicht ratifiziert hätten.

Da viele Entwicklungs- und Schwellenländer die Industriestaaten mittlerweile beim Ausstoß von Kohlendioxid überholt hätten, müsse aktiver Klimaschutz verstärkt zur Bedingung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit gemacht werden. Das EU-Emissionsregime könne dabei Pate für ein globales Emissionshandelssystem stehen, das die Entwicklungs- und Schwellenländer mit einbeziehe.

Wissenschaft für die Praxis

Den zweiten Teil des ZEW Wirtschaftsforums am Nachmittag eröffneten drei Kurzvorträge von ZEW Wissenschaftlern, in denen Ergebnisse aus aktuellen Forschungsprojekten vorgestellt wurden. Dr. Holger Bonin, Leiter des Forschungsbereichs „Arbeitsmärkte,

Personalmanagement und Soziale Sicherung“, stellte in seinem Vortrag die Frage: „Ein Grundeinkommen für alle?“ Dr. Peter Westerheide, stellvertretender Leiter des Forschungsbereichs „Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement“, stellte eine Studie zur „Finanzierung von Familienunternehmen“ vor. Abschließend referierte Dr. Georg Licht, Leiter des Forschungsbereichs „Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung“, über die „Risikokapitalfinanzierung bei jungen Biotechnologieunternehmen“.

Sichere, saubere und bezahlbare Energie

Den Abschluss des ZEW Wirtschaftsforums bildeten Vorträge über verschiedene Konzepte zur Ausgestaltung der Klimaschutzpolitik in Deutschland sowie eine anschließende Diskussion.

Jochen Homann, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie sprach zum Thema „Energie, Klimapolitik und Wettbewerbsfähigkeit“. Er stellte fest, dass es die Aufgabe der Politik sei, die Balance zu halten zwischen umweltverträglicher Energiegewinnung, Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit. Energie müsse sicher, bezahlbar und sauber sein. Für Deutschland werde die Einlösung dieses Anspruchs durch die hohe Importabhängigkeit bei Öl, Kohle und Gas bedroht. Aber auch Beschlüsse wie

ZEW WIRTSCHAFTSFORUM

etwa der Atomausstieg, gefährdeten diese Balance. Ohne Atomstrom werde es Deutschland schwer fallen, den exorbitanten Ölpreissteigerungen erfolgreich entgegenzuwirken, so Homann. Der Ölpreis, der mittlerweile die Marke von 140 US-Dollar pro Barrel überschritten habe, belaste zunehmend die Konjunktur aber auch die Bürger. Die aktuell diskutierten Sozialtarife für die Energieversorgung bedürftiger Verbraucher seien allerdings die falsche Antwort. Vertretbare Strom- und Energiekosten seien stattdessen für alle Verbraucher notwendig. Ein richtiger Schritt hierzu sei ein verstärkter Wettbewerb durch neue Anbieter im Strommarkt.

Maßgeblich sei die Entwicklung des Strompreises von der Ausgestaltung des neuen EU Energie- und Klimapakets abhängig. Angesichts der Bestrebungen, den Handel mit Emissionsrechten auf weite Teile des produzierenden Gewerbes auszudehnen, sei

Klimaschutz – zu viele Einzelmaßnahmen?

Der Präsident des Umweltbundesamtes, Prof. Dr. Andreas Troge, referierte über „Klimaschutz – Integration von Umwelt- und Wirtschaftspolitik“. In seinem Beitrag sprach er sich für einen umfassenderen Ansatz in der Klimapolitik aus. Er konstatierte, dass es viele Einzelmaßnahmen gebe, die im Namen des Klimaschutzes lanciert würden, wie beispielsweise die energetische Gebäudesanierung oder das aktuell diskutierte Glühbirnenverbot der EU. Dabei werde jedoch häufig das Gesamtziel aus den Augen verloren. Gleichzeitig sei die Denkweise in Bezug auf den Klimaschutz stark vergangenheitsorientiert. Anstatt zu überlegen, was bestimmte Maßnahmen für die Zukunft bedeuten könnten, arbeite man heute die Versäumnisse der Vergangenheit auf. Dies zeige sich beispielsweise bei der energetischen Gebäudesanierung. So seien viele der Ge-

Vorreiterrolle zu übernehmen und somit gerade durch einen effektiven Klimaschutz international konkurrenzfähig zu bleiben. So könnte Deutschland beispielgebend für die energiehungrigen Schwellenländer sein.

Fehlende Weichenstellungen der Politik

Dr. h.c. Eggert Voscherau, Präsident des Bundesarbeitgeberverbands Chemie e.V., sprach zum Thema „Klimapolitik aus Sicht der deutschen Industrie“. Dabei stellte er heraus, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland bislang der größte Profiteur der Globalisierung gewesen sei. Hierzulande sei man allerdings auf dem Weg, den erreichten Wohlstand zu verspielen. Dafür sei in erster Linie die Politik verantwortlich. Sie lasse oftmals eine klare Weichenstellung vermissen und stelle wichtige Infrastrukturen, gerade im Energiebereich, in Frage. So sei beispielsweise nicht eindeutig von der Politik geklärt, ob es nun einen Atomausstieg geben werde oder nicht. Diese Planungsunsicherheit, die ebenso in anderen Infrastrukturfragen bestünde, könne Unternehmen durchaus veranlassen, dem Standort Deutschland den Rücken zu kehren. Mit ihrer Scheu, eindeutig Position zu beziehen, begünstige die Politik eine schleichende Deindustrialisierung Deutschlands.

Große Teile der Bevölkerung seien nicht bereit, die Kosten der Wohlstandserhaltung mitzutragen. Dies zeige sich beispielsweise bei Protesten gegen geplante Kohlekraftwerke. Die Industrie habe aber nicht die Zeit, den Ausgang jahrelanger Prozesse für notwendige Infrastrukturmaßnahmen – als Beispiel nannte Voscherau die Elbvertiefung – abzuwarten oder politische Großwetterlagen auszusitzen, denn die globale Wirtschaft agiere in „Echtzeit“. Die Politik unterschätze den globalen Wettbewerb deutlich. Um den Wirtschafts- und Technologiestandort Deutschland wettbewerbsfähig zu halten, müsse sie sich wieder auf ihre Aufgabe besinnen, förderliche Rahmenbedingungen festzulegen.

Kathrin Böhrner, boehner@zew.de



Dr. h.c. Eggert Voscherau während seines Vortrags beim ZEW Wirtschaftsforum 2008

zweifelhaft, ob das Paket insgesamt die Balance zwischen Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit halten könne. Um die Industrie nicht noch zusätzlich zu belasten, sei es in der zweiten Phase des EU-Emissionshandelssystems erforderlich, Emissionsrechte weiterhin kostenfrei an die Unternehmen auszugeben. Einem massiven Verlust von Arbeitsplätzen durch den Klimaschutz müsse unbedingt entgegen gewirkt werden.

bäude, die heute energetisch saniert würden, in den 1980er Jahren gebaut worden, als es eine entsprechende Wärmeerordnung bereits gegeben habe.

Deutschland stehe, so Troge, international unter Beobachtung, ob und mit welchen Mitteln es das Land schaffe, effektiven Klimaschutz zu betreiben ohne dabei seinen Wohlstand zu verlieren. Deutschland habe die Chance, bei der Entwicklung und Umsetzung „sauberer Umwelttechnologien“ eine

ZEW-KONFERENZ

Erwerb und ökonomische Bedeutung nicht kognitiver Fähigkeiten

Kinder aus benachteiligten Familien, die im Kleinkindalter häufig mit der Mutter lächeln konnten, haben als Jugendliche mehr soziale Kontakte als ihre Altersgenossen mit ähnlichem sozialem Hintergrund, die im Kleinkindalter kaum ein Lächeln mit der Mutter tauschten. Unterschiede von schulischen Leistungen können mitunter besser durch eine gute Selbstorganisation des Schülers als durch seinen Intelligenzquotienten erklärt werden; und Erwachsene mit psychischen Problemen, die eine Gesprächstherapie erhalten, haben größeren Erfolg auf dem Arbeitsmarkt als rein medikamentös behandelte Erkrankte.

Dies sind nur einige Beispiele aus einer Vielzahl von Forschungsergebnissen, die auf der ersten Konferenz des Leibniz-Netzwerks „Nicht kognitive Fähigkeiten: Erwerb und ökonomische Konsequenzen“ in Mannheim vorgestellt wurden. Auf der dreitägigen Konferenz, die Mitte Mai in den Räumen des ZEW stattfand, nahmen über 90 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler teil, um Erkenntnisse über den Erwerb nicht kognitiver Fähigkeiten sowie über deren ökonomische Bedeutung zu diskutieren. Unter nicht kognitiven Fähigkeiten sind Persönlichkeitsmerkmale, wie beispielsweise Ausdauer beim Lösen von Problemen, Disziplin und Konzentration, Offenheit oder Gewissenhaftigkeit zu verstehen.

Nicht kognitive Fähigkeiten sind gewichtige Einflussgrößen

Nicht kognitive Fähigkeiten sind gewichtige Einflussgrößen für den Erfolg in der Schule und später im Berufsleben. Sie verbessern die lebenslange Humankapitalbildung und werden daher verstärkt in der arbeitsmarkt- und bildungsökonomischen Forschung untersucht.

Eröffnet wurde die Konferenz von Wirtschaftsnobelpreisträger Prof. James

J. Heckman, Ph.D., von der Universität Chicago. Er zeigte, wie Erkenntnisse aus der Kindheits- und Persönlichkeitsforschung die Ökonomie bereichern können und warb für ihre verstärkte Integration in ökonomische Modelle.

Weitere Beiträgen beschäftigten sich mit der Entwicklung prospektiver Gedächtnisleistungen im Lebenszyklus. Unter prospektiven Gedächtnisleistungen ist das Zusammenspiel von Erinnerungsvermögen und Zielfokussierung zur Bewältigung komplexer Handlungsabläufe zu verstehen. Ferner wurde die Rolle nicht kognitiver Fähigkeiten für Schülerleistungen im internationalen Vergleich erörtert. Darüber hinaus wurden Untersuchungen vorgestellt, die den Zusammenhang von mütterlicher Interaktion und der sozial-emotionalen Entwicklung der Kinder in benachteiligten Familien analysieren.

Im Abschlussvortrag widmete sich der Motivations- und Sozialpsychologe Prof. Peter Gollwitzer, Ph.D., von der Universität Konstanz und der New York University der Bedeutung von Planungsmethoden zur Erreichung von Zielen. Goll-

witzer belegte mittels verschiedener experimenteller Untersuchungen, dass die Formulierung einer Absicht als „Wenn...dann...“-Bedingung einen positiven Effekt auf die Umsetzung der Handlung haben kann. Einfache Pläne können somit große Wirkungen entfalten.

Die Konferenz war das Auftakttreffen des Forschungsnetzwerks „Nicht kognitive Fähigkeiten: Erwerb und ökonomische Konsequenzen“, das von der Leibniz-Gemeinschaft gefördert und am ZEW koordiniert wird. Projektpartner sind unter anderem das Economic Research Center, Chicago, das Zentrum für Intentionen und Intentionalität sowie das Zentrum für quantitative Methoden und Umfrageforschung der Universität Konstanz, das Centre for the Economics of Education, London, das Sozio-ökonomische Panel, Berlin sowie das Zentralinstitut für Seelische Gesundheit in Mannheim. Aus der Privatwirtschaft beteiligt sich außerdem der Arbeitgeberverband Südwestmetall an dem Netzwerk.

*Dr. Andrea Mühlenweg, muehlenweg@zew.de
PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, pfeiffer@zew.de*

ZEW DISCUSSION PAPERS

Nr. 08-038, Bernd Fitzenberger, Olga Orlyanskaya, Aderonke Osikominu, Marie Waller: Déjà Vu? Short-Term Training in Germany 1980-1992 and 2000-2003.

Nr. 08-037, Christoph Grimpe, Katrin Hussinger: Market and Technology Access Through Firm Acquisitions: Beyond One Size Fits All.

Nr. 08-036, Horst Entorf, Florian Gattung, Jochen Möbert, Immanuel Pahlke: Aufsichtsratsverflechtungen und ihr Einfluss auf die Vorstandsbezüge von DAX-Unternehmen.

Nr. 08-035, Christian Rammer, Anja Schmiele: Drivers and Effects of Internationalising Innovation by SMEs.

Nr. 08-034, Kathrin Müller: University

Spin-Off's Transfer Speed – Analyzing the Time from Leaving University to Venture.

Nr. 08-033, Birgit Aschhoff, Wolfgang Sofka: Successful Patterns of Scientific Knowledge Sourcing – Mix and Match.

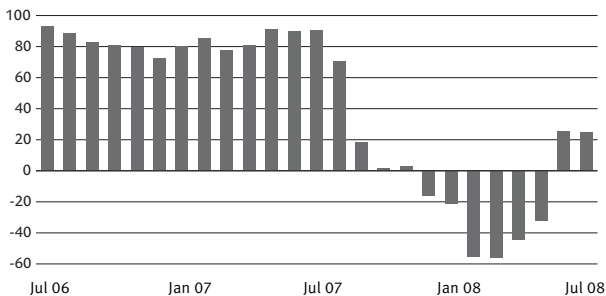
Nr. 08-032, Sandra Gottschalk, Sebastian Theuer: Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf das Gründungsgeschehen in Deutschland.

Nr. 08-031, Ivo Bischoff: Conditional Grants, Grant-Seeking and Welfare when there is Government Failure on the Subordinate Level.

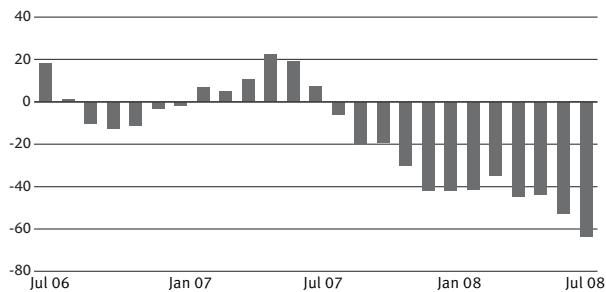
Nr. 08-030, Pedro Faria, Wolfgang Sofka: Formal and Strategic Appropriability Strategies of Multinational Firms – A Cross Country Comparison.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Juli 2008



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB: Trotz Zinsschritt bleiben Inflationsrisiken

Die EZB hat den Leitzins im Juli um 25 Basispunkte auf 4,25 Prozent angehoben. Damit hat sie auf die hohe Inflation im Euroraum reagiert, die für Juni auf vier Prozent geschätzt wird. Hinsichtlich des künftigen Kurses der Geldpolitik hat sich EZB-Präsident Trichet nicht festgelegt. Auch nach dem Zinsschritt bleiben vor allem durch die anhaltende Erhöhung der Energie- und Lebensmittelpreise Inflationsrisiken. Mit einem Wert des entsprechenden Indikators von 24,6 Punkten halten die befragten Experten daher einen weiteren Zinsschritt für möglich.

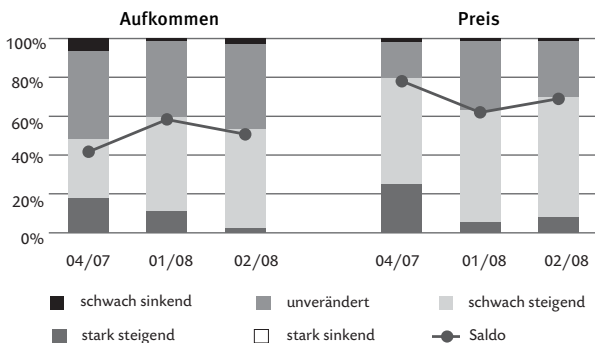
Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

Euroraum: Abflauen der Konjunktur erwartet

Die Konjunkturerwartungen für den Euroraum sind im Juli erneut deutlich gefallen. Sie liegen mit -63,7 Punkten 11,0 Punkte unter dem Vormonatswert. Die Unternehmen der Eurozone sehen sich einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld gegenüber. Der Ölpreis erreicht immer neue Höchstwerte, der Euro wertet zum Dollar weiter auf und die Krise in den Vereinigten Staaten weitet sich aus. Es wird erwartet, dass sich der private Konsum hierzulande abschwächt, da die hohe Inflation die real verfügbaren Einkommen der Haushalte verringert.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

Kombinierter Verkehr weiter im Aufwind: Preis- und Mengenerwartungen

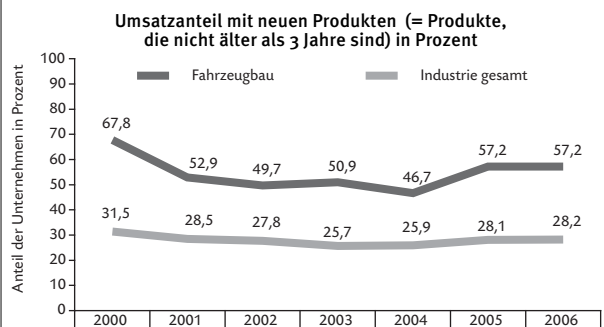


Quelle: ZEW

Ein Ende des Booms im Kombinierten Verkehr ist nicht zu erwarten. Über 70 Prozent der Experten des Transportmarkt-Barometers von ProgTrans/ZEW erwarten steigende Preise, acht Prozent sogar stark steigende Preise. Die Preisentwicklung reflektiert vermutlich vor allem die Knappheiten an Transportmitteln und Infrastrukturen und weniger die Steigerung der Energiekosten. Trotz negativer Auswirkungen einer sich andeutenden US-Konjunkturschwäche auf den deutschen Seehinterlandverkehr erwartet die Hälfte der Experten hier im kommenden Halbjahr moderate Steigerungen im Aufkommen, die übrigen eine stabile Aufkommensentwicklung.

Dr. Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

Fahrzeugbau: 57 Prozent des Umsatzes mit Produktneuheiten



Fahrzeugbau: Herstellung von Automobilen, Wasser-, Schienen-, Luft- und sonstigen Fahrzeugen. Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel.

Die Innovationsoffensive im deutschen Fahrzeugbau hat zu einem Umsatzanstieg mit neuen Produkten geführt. 2005 und 2006 wurden jeweils rund 57 Prozent des gesamten Branchenumsatzes mit neuen Fahrzeug- und Modelltypen erzielt. Von 2002 bis 2004 lag dieser Wert bei rund 50 Prozent. Die „Innovationsrate“ liegt im Fahrzeugbau doppelt so hoch wie im Mittel der deutschen Industrie. Auch im internationalen Vergleich erweist sich der deutsche Fahrzeugbau als besonders innovativ. Der Fahrzeugbau in Frankreich erreichte 2004 eine Innovationsrate von 42 Prozent, Spanien, Großbritannien und Italien lagen noch deutlich zurück.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

STANDPUNKT



Tariftreue

Die Treue gehört nach allgemeinem Verständnis aus guten Gründen zu den höchsten Tugenden, verbunden mit der bekannten Mahnung „Üb immer Treu und Redlichkeit“. Doch es gibt Ausnahmen. Dazu zählt die

Tariftreue, mit deren Redlichkeit es ohnehin nicht weit her ist.

Tariftreue bezieht sich auf die Vergabe öffentlicher Aufträge. Demnach müssen ein Bieter und seine Vertragspartner die Verpflichtung eingehen, das in Tarifverträgen vereinbarte Arbeitsentgelt am Ort zu entrichten. Andernfalls erhalten sie den Auftrag nicht oder – im Fall einer Verletzung der Tariftreueerklärung – werden Vertragsstrafen gegen sie verhängt. Solche gesetzliche Regelungen galten in einer Reihe von Bundesländern, bis der Europäische Gerichtshof (EuGH) vor wenigen Wochen das entsprechende Gesetz Niedersachsens als mit dem europäischen Recht nicht vereinbar erklärte. Daraufhin hoben die betreffenden Bundesländer die Bestimmungen zur Tariftreue auf. Der Bundesrat hat Ende Mai dieses Jahres den Antrag dreier Bundesländer für ein bundesweites „europarechtskonformes“ Tariftreuegesetz abgelehnt.

Konkret monierte der EuGH einen Verstoß gegen die europäische Dienstleistungsfreiheit, wie sie im Artikel 49 EG-Vertrag festgelegt ist. Weder könne die Tariftreueerklärung als Mindestlohnersatz gemäß Entsenderichtlinie angesehen werden, denn der der Entscheidung zugrunde liegende Baugewerbe-Tarifvertrag im Land Niedersachsen sei nicht für allgemeinverbindlich erklärt worden und das niedersächsische Vergabegesetz bezöge sich nur auf öffentliche, nicht aber auch auf private Aufträge. Noch lasse sich die Tariftreueerklärung mit Zielen des Arbeitnehmerschutzes rechtfertigen, nicht zuletzt weil es keine Gründe für die Ungleichbehandlung von Beschäftigten im öffentlichen Bereich im Vergleich zum privaten Sektor gebe. Vielmehr behinderten die Tariftreueeregungen Unternehmen aus anderen Mitgliedstaaten der EU, in denen niedrige (Mindest-)Lohnsätze herrschten, bei der Erbringung von Dienstleistungen.

Diese Entscheidung des EuGH lässt an Klarheit und ökonomischer Richtigkeit kaum Wünsche offen, allerdings zum Entsetzen der in diesem Zusammenhang üblichen Verdächtigen. Umgehend forderte der Deutsche Gewerkschaftsbund die EU-Regierungschefs auf, eine „soziale Fortschrittsklausel“ zu beschließen, damit solche Urteile nicht mehr möglich seien. Andernfalls müsse die EU-Entsenderichtlinie dahingehend geändert werden, dass Tariftreueerklärungen bei nicht für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträgen ebenfalls zulässig seien. Einige Politiker sekundierten mit dem von ihnen gebetsmühlenartig vorgetragenen Hinweis, wie dringend erforderlich doch flächendeckende Mindestlöhne seien.

Vom Steuerzahler ist bei solchen Einlassungen für eine Tariftreue kaum die Rede, obwohl er am meisten betroffen ist. Im Interesse einer sparsamen Verwendung von Steuermitteln schreibt praktisch jede Vergabeordnung für öffentliche Aufträge zwingend vor, bei gleicher Qualität der Leistung den preisgünstigeren Anbieter zum Zuge kommen zu lassen. Das kann ein tarifgebundenes Unternehmen sein, muss es aber nicht. Eine Tariftreueerklärung verletzt diese Vorgabe in unredlicher Weise. Wiederum zahlt der Steuerzahler die Zeche, wenn sich der Gesetzgeber für Partikularinteressen bestimmter Branchen einspannen lässt.

Wie man es auch dreht und wendet, bei der gesamten Diskussion um Tariftreue, Entsendegesetz und Mindestlöhne geht es in der Regel um ein Ziel, nämlich die Abwehr unliebsamer Konkurrenz. Selbstverständlich wird in Sonntagsreden das hohe Lied auf die Segnungen des Wettbewerbs gesungen. Aber am Montag folgt dann das Plädoyer für vielfältige Ausnahmeregelungen, zuvörderst in den Bereichen, in denen man selbst betroffen ist. Das begann Mitte der neunziger Jahre mit dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz, mit dessen Hilfe sich die Bauwirtschaft vor der Konkurrenz kostengünstigerer Arbeit aus anderen EU-Ländern zu schützen trachtete, und zieht sich hin bis zum Jahr 2008 mit einem Mindestlohn für Briefzusteller, um Konkurrenten der Deutschen Post das Leben schwer zu machen.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim · L 7, 1 · 68161 Mannheim
Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz (Präsident) · Thomas Kohl (Kaufmännischer Direktor)

Redaktion: Kathrin Böhrer, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2008